



Zehn Maßnahmen für Nationale Klima- Sozialpläne

Kontakt

Luke Haywood, Leiter Energie und Klima
European Environmental Bureau
luke.haywood@eeb.org
eeb.org

Die in diesem Policy Briefing geäußerten Ansichten
sind ausschließlich die des Autors dieser Studie.

Veröffentlichung: Juni 2025

 **LIFE Effect**
mehr Informationen
hier: life-effect.org



Finanziert von der Europäischen Union. Die Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder von CINEA wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsstelle können für sie verantwortlich gemacht werden.



Zehn Maßnahmen für Nationale Klima-Sozialpläne

Dieses Positionspapier enthält Vorschläge zu zehn Maßnahmen, die in die Nationalen Klima-Sozialpläne (NSKPs) aufgenommen werden sollten, um die CO₂-Bepreisung im Wärme- und Verkehrssektor (ETS2) sozialverträglich zu gestalten. NSKPs dienen dabei als Grundlage für sozialpolitische Maßnahmen im Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien. Diese Maßnahmen können auch durch Einnahmen aus dem ETS2 finanziert werden, die den EU-Mitgliedstaaten zusätzlich zum Klima-Sozialfonds (KSF) zur Verfügung stehen.

Während die Nationalen Klima-Sozialpläne oft nur als Möglichkeit gesehen werden, Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung auszugeben, stellen wir drei Maßnahmen vor, die soziale und klimapolitische Ziele fördern, ohne öffentliche Haushalte zu belasten. Die folgende Tabelle kategorisiert die zehn vorgeschlagenen Maßnahmen für die Bereiche Verkehr, Heizung und Gebäuderenovierung.

	Sektor	Kosten	Type
1. Unterstützung von Mieter:innen und bessere Anreize für Eigentümer bei Dämmung und Heizungsumstellung			
2. Verkaufsverbot neuer fossiler Technologien			
3. Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe			
4. Förderung von erneuerbaren Energien für einkommensschwache Haushalte			
5. Senkung der (sichtbaren) Kosten für elektrifizierten Verkehr			
6. Senkung der (sichtbaren) Kosten für elektrisches Heizen			
7. Vorabzuschüsse für Gebäuderenovierung			
8. Weiterqualifizierung von Heizungsinstallateur:innen und Bauarbeiter:innen			
9. Flächendeckende Wärmeplanung und -verordnung			
10. Direktzahlungen an Haushalte			

Die erste Spalte gibt an, ob eine Maßnahme auf die Renovierung (🏠), die Heizung (🌡️) oder den Verkehr (🚆) abzielt; die zweite Spalte gibt an, ob eine Maßnahme ohne öffentliche Mittel auskommt (🌟) oder ob Haushaltsmittel benötigt werden (🪙), die dritte Spalte kategorisiert die Maßnahmen in Regulierung (⚖️), preisbeeinflussende Mechanismen (🏷️), Subventionen (💰), Humanressourcen (👷) und Kompensation (💵).

1. Unterstützung von Mieter:innen und bessere Anreize für Eigentümer bei Dämmung und Heizungsumstellung

In vielen EU-Ländern lebt die große Mehrheit der Haushalte mit geringem Einkommen in Mietwohnungen. Hier schafft die CO₂-Bepreisung keine ausreichenden Anreize für Eigentümer:innen, in Renovierung und Heizungsdekarbonisierung zu investieren, da die ETS2-Kosten standardmäßig auf die Mieter:innen umgelegt werden. Zwei Maßnahmen in den NKSP können hier stattdessen greifen:

- Erstens können die Kosten der Kohlenstoffbepreisung zwischen Immobilieneigentümer:innen und Mieter:innen aufgeteilt werden. In Deutschland regelt das CO₂-Kostenbeteiligungsgesetz die Aufteilung der Kohlendioxidkosten zwischen Mieter:innen und Eigentümer:innen auf der Grundlage der Energieleistung einer Immobilie. In wenig energieeffizienten Gebäuden müssen die Eigentümer:innen bis zu 95% der CO₂-Kosten tragen, während in energieeffizienten Gebäuden die Mieter:innen den größten Teil der Kosten übernehmen. In Kombination mit einer sozial ausgerichteten Unterstützung von vulnerablen Eigentümer:innen könnte die Verlängerung dieser Maßnahme auch nach 2027 Investitionen freisetzen, Emissionen reduzieren und gleichzeitig schutzbedürftige Haushalte schützen.
- Zweitens können Mieterhöhungen von der Energieeffizienz abhängen: In Belgien wurde die Möglichkeit der Eigentümer:innen, die Mieten entsprechend der Inflation zu erhöhen, für schlecht isolierte Gebäude eingeschränkt und für die am schlechtesten isolierten Gebäude ganz verboten. Die Einführung ähnlicher Vorschriften schützt energiearme Haushalte und erhöht zugleich den Anreiz für Vermieter:innen, ihre Objekte zu renovieren.

2. Verkaufsverbot neuer fossiler Technologien

Der Verkauf neuer fossiler Technologien mit langer Lebensdauer verlangsamt die Bemühungen, bestehende fossile Technologien durch leicht verfügbare elektrifizierte Alternativen zu ersetzen. Neue Gaskessel und Verbrennungsmotoren für Autos binden die Menschen ebenfalls an steigende Energiepreise. Klare Endtermine für den Verkauf dieser Technologien – insbesondere von Verbrennungsmotoren und Gaskesseln – können das Investitionsrisiko in der Entwicklung und Produktion von Elektrofahrzeugen, Wärmepumpen usw. verringern und damit deren Kosten für die Verbraucher:innen senken.

3. Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe

Es ist wenig sinnvoll, die Preise für fossile Brennstoffe durch einen CO₂-Preis anzuheben und zugleich fossile Brennstoffe weiter zu subventionieren. Subventionen für fossile Brennstoffe verzerren das Preissignal, das vom ETS2 ausgeht, und verschwenden Mittel, die der Dekarbonisierung zugutekommen könnten. Die Beendigung bestehender Subventionen für fossile Brennstoffe sollte eine Priorität sein, damit andere NSKP-Maßnahmen wirksam sein können. Eine Reihe von Bestimmungen in der EU wurden als Subventionen für fossile Brennstoffe identifiziert und die EU hat sich theoretisch bereit erklärt, diese auslaufen zu lassen. Die EU-Länder sollten zügig Ausstiegsstrategien ausarbeiten und den Haushalten die Möglichkeit geben, die negativen Auswirkungen der Subventionsabschaffung zu antizipieren und abzumildern (siehe hier).

Das Verhältnis zwischen Gas- und Strompreisen ist besonders wichtig. Die EU-Länder könnten Steuern, Abgaben und nicht-energetische Abgaben auf Strom senken und gleichzeitig die Subventionen für fossile Brennstoffe aufkommensneutral abbauen. Dies würde den Übergang zu sauberem Heizen beschleunigen, da die Betriebskosten für Wärmepumpen sinken würden. Alternativ könnten die Mittel zur Finanzierung von mehr sozialen Klimaprogrammen verwendet werden.

4. Förderung erneuerbarer Energien für einkommensschwache Haushalte

Lokale Projekte für erneuerbare Energien haben das Potenzial, die Abhängigkeit einkommensschwacher Haushalte von fossilen Energieträgern deutlich zu verringern. In Italien installiert das Reddito Energetico (Energieeinkommen) kostenlos PV-Anlagen für einkommensschwache Haushalte. Die Förderung individueller Systeme zur Nutzung erneuerbarer Energien ist in Mittel- und Osteuropa besonders wichtig, wo sowohl die Wohneigentums- als auch die Energiearmutsquote über dem EU-Durchschnitt liegen. Einige Programme zielen auf die in diesem Zusammenhang komplexeren Herausforderungen bei Mehrfamilienhäusern ab.

Wenn bedürftige Haushalte Zugang zu Energiegemeinschaften mit erneuerbaren Energien erhalten, können sie ihre Energierechnungen senken und Synergien mit anderen elektrischen Infrastrukturen wie Ladestationen für Elektrofahrzeuge schaffen. Weitere Ideen zur Förderung erneuerbarer Energien für einkommensschwache Haushalte finden Sie hier.

5. Senkung der (sichtbaren) Kosten von elektrifiziertem Verkehr

E-Fahrzeuge eignen sich für die überwiegende Mehrheit der Verkehrsbedürfnisse, die derzeit von Verbrennungsmotoren abgedeckt werden. Die Betriebskosten von E-Fahrzeugen sind in der Regel niedriger, während die sichtbaren Anschaffungskosten von E-Fahrzeugen höher sind. Das französische Sozialleasing-Programm hat gezeigt, wie die Senkung der Anschaffungskosten von E-Fahrzeugen nicht nur der Mittelschicht, sondern auch sozial schlechter gestellten Haushalten zugute kommen kann, auch wenn mehr getan werden sollte, um die Ärmsten zu unterstützen.

Ein zweiter Weg zur Elektrifizierung des Verkehrs führt über den öffentlichen Nahverkehr. Das Deutschlandticket, eine preiswerte, unbegrenzte Fahrkarte für den Nah- und Regionalverkehr, hat ein erhebliches Potenzial, Autofahrten zu reduzieren. Für einkommensschwache Haushalte sollte der Fahrpreis weiter gesenkt werden.

6. Senkung der (sichtbaren) Kosten für elektrisches Heizen

Die meisten Gebäude könnten ihre Energiekosten durch (Hoch- oder Mitteltemperatur-)Wärmepumpen senken. Durch die Gewährung von Zuschüssen oder zinslosen Darlehen kann der KSF sozial schwachen Haushalten, die von den bestehenden Programmen nicht immer gezielt angesprochen werden, eine 100-prozentige Vorabkostenentlastung bieten. Wenn sie mit Solarthermie, Photovoltaik oder Speichertechnologien kombiniert wird, können Wärmepumpen Emissionen reduzieren und Kosten senken ohne das Stromnetz zu sehr zu belasten.

Die Betriebskosten von Wärmepumpen können gesenkt werden durch besonders niedrige Mehrwertsteuersätze für Wärmepumpen, eine Senkung des Strompreises für Wärmepumpen – zumindest für einkommensschwache Verbraucher:innen – und das Angebot von Zeittarifen, die Einsparungen durch einen netzfreundlichen Betrieb von Wärmepumpen ermöglichen.

7. Vorabzuschüsse für Gebäuderenovierung

Das italienische Superbonus-Programm mit seinem Finanzierungsmechanismus, der die Vorabkosten beseitigt, war sehr erfolgreich bei der Aktivierung von Investitionen für Haushalte mit geringem Einkommen. Der Schlüssel zum Erfolg war die Umwandlung einer 10-jährigen Steuergutschrift in einen konkreten Vorabzuschuss, der direkt von einem Bauunternehmer:innen oder Lieferanten gezahlt wurde. Ähnliche Systeme können dazu beitragen, KSF-Mittel zu mobilisieren – die Festlegung von Prioritäten für die am stärksten gefährdeten Regionen kann dazu beitragen, dass die begrenzten Mittel wirksam eingesetzt werden.

Die Bereitstellung von Vorabzuschüssen durch Kooperativen wie Community Land Trusts (CLTs) kann sicherstellen, dass sich subventionierte Renovierungen nicht negativ auf die Erschwinglichkeit von Wohnraum auswirken. Das Upcycling-Trust-Modell deckt die Kosten für die energetische Sanierung von Haushalten mit geringem Einkommen. Die renovierten Häuser werden Teil des CLT, wodurch bestimmte soziale Kriterien für den Verkauf oder die Vermietung gewährleistet sind.

8. Weiterqualifizierung von Heizungsinstallateur:innen und Bauarbeiter:innen

Die Dringlichkeit, den EU-Gebäudebestand energetisch zu sanieren und veraltete Heizungsanlagen zu ersetzen, schafft viele Beschäftigungsmöglichkeiten. Um sicherzustellen, dass geschultes Personal zur Verfügung steht, sollten die EU-Regierungen modulare, dynamische Berufsausbildungskurse einrichten, um Qualifikationslücken bei Fachleuten zu schließen, insbesondere in Regionen mit vielen vulnerablen Haushalten. Der KSF kann die Qualifikationsbestimmungen in der Energieeffizienzrichtlinie (EED), der Gebäuderichtlinie (EPBD) und der dritten Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) ergänzen. Die Abstimmung dieser Bemühungen mit anderen Finanzierungsströmen, wie dem Just Transition Fund, kann die soziale Akzeptanz der Klimapolitik in besonders betroffenen Gebieten erhöhen.

Schulungen können Möglichkeiten für benachteiligte Haushalte schaffen und gleichzeitig andere dabei unterstützen, die Wärmewende zu bewältigen. In Rumänien werden im Rahmen des RenewAcad-Programms derzeitige und ehemalige Bergleute in der Installation von Wind- und Solar-PV-Anlagen geschult.

9. Fernwärme, Planung und Regulierung

Die Identifizierung und der Ausbau von Fernwärmesystemen in Gebieten mit vulnerablen Haushalten könnte die Dekarbonisierung von Gebäuden in großem Maßstab besonders wirksam unterstützen. In Dänemark sind bereits rund zwei Drittel der Haushalte an die Fernwärme angeschlossen, die bis 2030 zu 100% mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Der Einsatz von Fernwärme sollte dann durch eine starke Kommunikation der Kommunen über die Vorteile eines Fernwärmeanschlusses begleitet werden, und kann mit der Ankündigung eines koordinierten Ausstiegs aus der fossilen Gasinfrastruktur kombiniert werden. Eine wirksame Preisregulierung dieses natürlichen Monopols ist von entscheidender Bedeutung.

10. Direktzahlungen an Haushalte

Die Inanspruchnahme von Subventionen und anderen Unterstützungsmaßnahmen war bei Haushalten mit niedrigem Einkommen in der Vergangenheit sehr gering. Nicht nur die Preise fossiler Brennstoffe könnten infolge der CO₂-Bepreisung im Wärme- und Verkehrssektor steigen, da einige Unternehmen ihre ETS2-Mehrkosten an Verbraucher:innen weiterreichen werden. Direktzahlungen bieten einen gewissen Schutz vor hohen ETS2-Preisen und stellen eine besonders transparente Verwendung der Einnahmen dar.

Einige der in diesem Papier enthaltenen Empfehlungen erfordern mittelfristig Investitionen. Direktzahlungen, die 37,5% des Budgets eines NKSP ausmachen können, sind ein wichtiges Instrument, um besonders betroffene Haushalte und Kleinstunternehmen kurzfristig bei der Bewältigung der CO₂-Kosten zu entlasten – bis längerfristige Maßnahmen wirksam werden.





LIFE Effect